



## Gesundheit im ländlichen Raum

### Gesundheitsexperte Karl Lauterbach stellte sich in Hermeskeil vielen Fragen

**Fast 100 Besucherinnen und Besucher kamen am 14. Mai ins Johanneshaus nach Hermeskeil. Auf Einladung der SPD Trier-Saarburg und der SPD in der Verbandsgemeinde sprachen Katarina Barley und Prof. Karl Lauterbach mit fachkundigen Gästen über die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum.**



Volles Haus beim Gespräch mit Prof. Karl Lauterbach in Hermeskeil Fotos: Rainer Michels



Gäste aus allen Sparten des Gesundheitswesens waren gekommen: Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal sowie andere Angestellte in Krankenhäusern. Lauterbach stellte eine Reihe von Initiativen der Großen Koalition vor, die Anreize schaffen sollen, damit sich wieder mehr Ärzte im ländlichen Raum ansiedeln.

Ein Innovationsfond in Höhe von 300 Millionen Euro pro Jahr soll dazu einen Beitrag leisten. Auch soll es leichter werden, medizinische Versorgungszentren zu schaffen. Die Krankenhäuser im ländlichen Raum

sollen unbedingt erhalten bleiben. Die Fallpauschalen müssen verbessert werden.

Die Probleme im Landkreis liegen offen: Das Durchschnittsalter der Hausärzte liege aktuell bei 51 Jahren, so dass innerhalb der nächsten 14 Jahre die Hälfte der praktizierenden Ärzte in der Region in den Ruhestand gehe. In der Verbandsgemeinde Kell erfolge dies sogar nach Erhebungen des Landkreises schon bis 2015. „Bund, Land und Kommunen sind hier gemeinsam gefordert, das Thema energisch anzugehen“, sagte Barley. Krankenhäuser

sollen zukünftig, wenn es notwendig ist, die Arbeit von Hausärzten unterstützen. „Tabus können wir uns bei diesem wichtigen Thema nicht leisten“, sagte Katarina Barley. Noch seien zwar weit über 80 Prozent der Ärzte in Trier-Saarburg eigenverantwortlich tätig, doch dieses Verhältnis drohe sich langfristig auf den Kopf zu stellen. Den Wunsch vieler Mediziner, Verantwortung in Kranken- oder Ärztehäusern zu teilen oder abzugeben, müsse man respektieren und mit der neuen Situation konstruktiv arbeiten. Für viele Anwesende besonders wichtig war die Ankündigung, dass „Termin-Service-Stellen“ eingerichtet werden sollen. Kassenpatienten – egal ob in der Stadt oder auf dem Land – sollen mit höchstens vier Wochen Wartezeit einen Facharzttermin erhalten.

Lauterbach warb abschließend eindringlich für die Bürgerversicherung im Gesundheitswesen. Leider sei diese jedoch angesichts der heutigen politischen Machtverhältnisse nicht zu realisieren. Noch nicht. Der Gesundheitsexperte zeigte sich zuversichtlich, dass die gute und überzeugende Arbeit der SPD dauerhaft neue Möglichkeiten öffnet.

# 2 : Berlin und Europa

## TTIP-Verhandlungen transparent gestalten

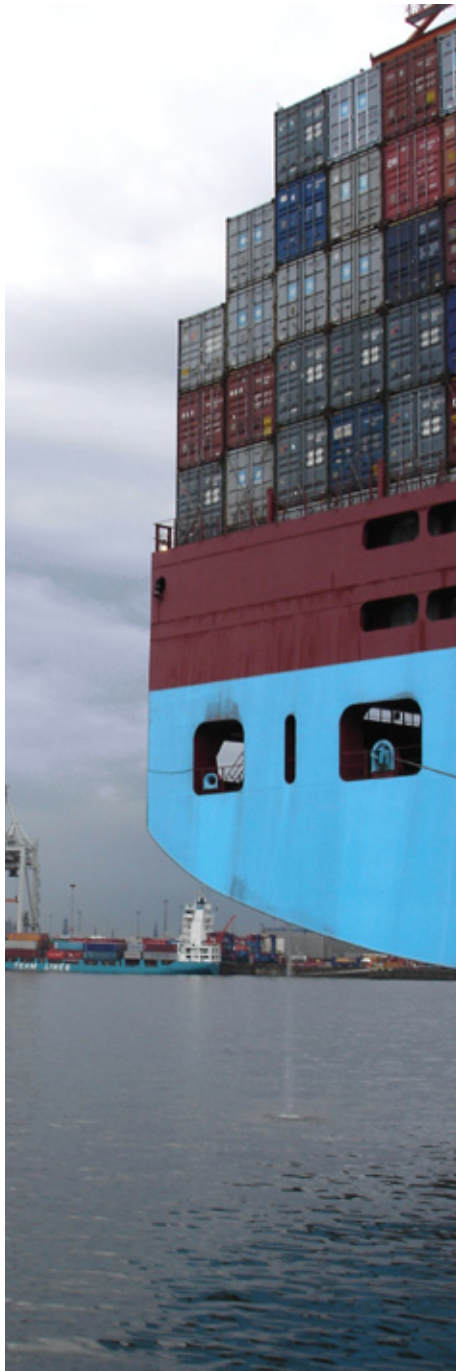
Absenkung europäischer Standards ist nicht verhandelbar :: von Katarina Barley

**Kaum ein anderes Thema wurde an den Infoständen auf der Straße und in den Medien im Europawahlkampf so heiß diskutiert wie Transatlantic Trade and Investment Partnership (kurz: TTIP) – das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Der Protest ist lautstark. Aber ist er auch berechtigt? Die SPD hat zu den Themen europäische Standards, Schiedsgerichtverfahren und Transparenz eine klare Position.**

Über die Verhandlungen zu einem europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen (TTIP) wird in der kritischen Öffentlichkeit und im Bundestag leidenschaftlich gestritten. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Wir wollen zusammen mit unserem Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel ergebnisoffen diskutieren, ob zwischen den zwei größten Handelsräumen der Welt Regeln für den internationalen Handel gesetzt werden können und europäischen Unternehmen ein besserer Zugang zum US-amerikanischen Markt ermöglicht werden kann.

Die wichtigste Anforderung an ein Freihandelsabkommen mit den USA ist für uns nicht verhandelbar: Durch das Abkommen dürfen sich die europäischen Standards – beispielsweise bei Arbeit, Sozialem, im Verbraucherschutz, bei der Lebensmittelsicherheit, in ökologischen Fragen und bei der öffentlichen Daseinsvorsorge – keinesfalls verschlechtern. Das steht außer Frage! Auch wollen wir nicht, dass Unternehmen durch ein Klagerecht gegen Staaten die Gesetzgebungskompetenz demokratisch gewählter Volksvertretungen einschränken oder gesetzliche Standards aushebeln können.

Wenn diese Anforderungen an das Freihandelsabkommen nicht erfüllt sind, können Sozialdemokraten einem Freihandelsabkommen nicht zustimmen. Die Verhandlungen können nur zum Erfolg führen, wenn die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger berück-



**Ob in der Luft oder zur See: Weltweiter Handel braucht klare Regeln, aber ein Abkommen mit den USA gibt es für die SPD nicht um jeden Preis.**

Foto: Inga May / pixelio.de

sichtigt werden. Diese stellen in Europa zurecht Anforderungen an das Freihandelsabkommen. Durch laute Proteste – gerade auch im laufenden Europawahlkampf und im Internet – verschaffen sich die Kritiker Gehör.

Ein entscheidender Schlüssel zu erfolgreichen Verhandlungen liegt in der Transparenz des Verhandlungsprozesses. Dieser Aspekt wird aktuell zurecht kritisiert. Um die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Verbänden besser einzubinden, stellt Sigmar Gabriel deshalb derzeit ein nationales Beratergremium für TTIP zusammen. In der SPD-Bundestagsfraktion haben wir im März 2014 einen Berichterstattekreis ins Leben gerufen, an dem Vertreterinnen und Vertreter aller interessierten Facharbeitsgruppen der Fraktion teilnehmen. Dort ist Zeit und Raum, um mit Experten über die unterschiedlichen Aspekte des Abkommens zu diskutieren. In den Bundestagsausschüssen wird regelmäßig über den aktuellen Stand der Verhandlungen informiert.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Ralf Stegner hat in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau prägnant zusammengefasst: „Garantien für einen Verhandlungserfolg gibt es nicht. Die Amerikaner müssen wissen: Wer mit Europa frei handeln will, muss unsere Standards akzeptieren. Und geheim geht es auch nicht: Über den Vertrag muss im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament abgestimmt werden.“



## Der Europäische Weg in der Ukraine-Krise

Die SPD setzt auf Frieden durch Zusammenarbeit und Verständigung

Martin Schulz und Frank-Walter Steinmeier haben eine gemeinsame Erklärung zur Ukraine-Krise abgegeben. Darin stellen sie fest: „Europa ist das größte Friedensprojekt der Geschichte. Frieden durch Zusammenarbeit und Verständigung – das ist der europäische Weg. Dieser Weg muss weitergegangen werden. Gerade die Krise in der Ukraine zeigt, wie wichtig eine solche Politik ist.“



Die SPD setzt sich für eine friedliche Lösung in der Ukraine-Krise ein

Foto: spd.de

Mäßigung, Dialog und konkrete Vereinbarungen zur Entspannung seien jetzt das Gebot der Stunde. Drohungen und Konfrontation führen nicht weiter, so Schulz und Steinmeier. Die SPD setze als Friedenspartei auf Verständigung und nicht auf eine neue Spaltung Europas.

Deshalb sind sieben Punkte in der Bewältigung der Ukraine-Krise für die SPD zentral:

**1. Es kann nur eine diplomatische Lösung der Krise geben.** Militärische Drohgebärden helfen niemandem.

**2. Die OSZE muss im Zentrum einer Verhandlungslösung stehen.** In einem Dialog, an dem alle politisch relevanten Kräfte aus allen Teilen der Ukraine beteiligt sind, müssen konkrete Schritte in Richtung Deeskalation vereinbart werden. Die Unterstützung der USA, der EU ebenso wie auch Russlands ist hierfür essentiell.

**3. Diplomatie hat nur eine Chance, wenn die Waffen schweigen.** Eine Waffenruhe muss vereinbart, extremistische und separatistische Kräfte

in der gesamten Ukraine müssen entwaffnet werden.

**4. Diplomatische Schritte haben Vorrang vor Sanktionen.** Sanktionen sind kein Selbstzweck, sondern müssen Teil einer außenpolitischen Strategie sein.

**5. Die Ukraine braucht eine Perspektive für Stabilität und Demokratie.** Freie und demokratische Präsidentschaftswahlen am 25. Mai sind entscheidende Voraussetzung für politische Stabilität in der Ukraine. Darüber hinaus ist eine Verfassungsreform wichtig.

**6. Die europäische Nachbarschafts- und Assoziierungspolitik muss gestärkt und weiterentwickelt werden.** Die EU muss in ihrer Nachbarschafts- und Assoziierungspolitik noch stärker den Dialog mit den Staaten der Region suchen.

**7. Die EU muss und wird weiterhin mit einer Stimme sprechen.** Europa kann nur dann seinen Einfluss für eine friedliche Lösung geltend machen, wenn es geschlossen auftritt.

### einblick

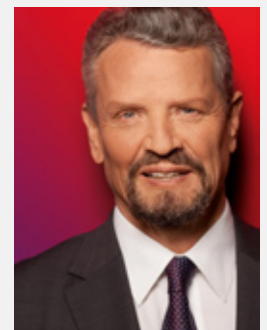
**Ukraine, Russland und der Westen. Der Konflikt. Die Hintergründe. Die Zukunft.**

**Diskussion mit Gernot Erler am 23. Mai, 19:00 Uhr im Bürozentrum Schweich.**

Am 25. Mai will die Ukraine einen neuen Präsidenten wählen

– mitten in einer dramatischen Krise, die schon vielen Menschen das Leben gekostet hat.

Wie kam es zu diesem Konflikt? Was will Russland



Gernot Erler  
Foto: spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke)

und welche Rolle spielt Moskau in der Auseinandersetzung mit der Ukraine? Welche westlichen Interessen stehen auf dem Spiel – und gibt es noch eine Chance, den Rückfall in den Kalten Krieg zu vermeiden?

Diese aktuellen Fragen diskutieren die Bundestagsabgeordnete **Dr. Katarina Barley** gemeinsam mit ihrem Kollegen **Gernot Erler**, **Koordinator der Bundesregierung für Russland, Zentralasien und die Länder der Östlichen Partnerschaft.**

#### Impressum

berliner einblick – 22.05.2014 – Hrsg. u. V.i.S.d.P.: Dr. Katarina Barley, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 21.05.2014

# 4 :: Partei und Fraktion

## Martin Schulz hat einen Plan

Die Wahl am 25. Mai entscheidet, in welche Richtung die EU steuert

Europa befindet sich im Wahlkampfendspurt, denn am 25. Mai ist Europawahl! Während der TV-Auseinandersetzungen mit dem konservativen Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker hat Martin Schulz eines deutlich gezeigt: Nur mit ihm als Präsidenten der Europäischen Kommission und einer starken sozialdemokratischen Fraktion wird die EU sozialer und gerechter.

**Martin Schulz setzt dabei auf folgende Schwerpunkte:**

### Demokratie, Frieden und Beteiligung stärken

Die Bürger Europas müssen mehr mitbestimmen können. Ihre Stimmen sollen durch die Stärkung der Bürgerinitiative europaweit gehört werden. Nur durch aktive Mitbestimmung kann die Demokratie in Europa stetig wachsen.

### Banken und Steuern

Globale Finanzmärkte müssen auch global kontrolliert werden - beispielsweise durch eine Finanztransaktionssteuer. Steuergerechtigkeit und der Kampf gegen Steuerdumping sind Schulz' zentrale Anliegen. So soll den Banken beispielsweise ihre Lizenz bei (versuchtem) Steuerbetrug entzogen werden. Auch will Schulz alle Steueroasen identifizieren und die Staaten hart sanktionieren.

ten können. Auch die bereitgestellten sechs Milliarden Euro müssen in den Mitgliedsstaaten ankommen, um eben jene Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Für ganz Europa gilt, dass die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitnehmerrechte gestärkt werden und gleiche Wettbewerbsbedingungen entstehen müssen.

Martin Schulz ist der richtige Mann für das Amt des Kommissionspräsidenten! Das wird nicht zuletzt in der direkten Auseinandersetzung mit dem CDU-Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker deutlich. – Überraschung: Merkel steht nicht zur Wahl, obwohl sie von vielen Plakaten lächelt. – Schulz ist stets angriffslustig, schlagfertig und fachlich kompetent. Jeder merkt, wie sehr er für Europa sowie eine positive Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger brennt.

Deswegen noch einmal der Aufruf: Am 25. Mai Martin Schulz wählen! Und nehmt alle Eure Freunde und Verwandten, Nachbarn, Arbeitskollegen und Bekannten mit! Denn nicht im Fernsehen, sondern an der Wahlurne wird das Rennen entschieden.



Martin Schulz ist sozialdemokratischer Spitzenkandidat mit Plan

Foto: spd.de

### Wirtschaft und Beschäftigung im Zentrum

Um den Wohlstand in Europa zu sichern, sind grenzüberschreitende Projekte von Nöten. Zurzeit ist das Freihandelsabkommen mit den USA in aller Munde. Die SPD macht dies zur Chefsache (siehe Artikel auf Seite 2). Des Weiteren darf Europa den Anschluss im digitalen Zeitalter nicht verlieren. Auch der Energiepolitik will Schulz einen hohen Stellenwert einräumen.

### Arbeit und Soziales

Eine Folge der Euro-Krise ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas (Höchstwert: 61,5% in Griechenland). Um sie zu bekämpfen, müssen die Mitgliedsstaaten Grundlagen schaffen. Hierzu gehört zum einen die Einführung eines Mindestlohns. Zum anderen muss es ein Programm zur Überwindung der Kreditklemme geben, damit regionale Unternehmen arbeitslosen Jugendlichen eine Perspektive bie-

### einblick

#### Autorin: Laura Kopp

Laura Kopp (18 Jahre) ist Abiturientin und Genossin aus Schweich. In Vorbereitung ihres Studiums absolviert sie ein Praktikum im Berliner Büro.

